



Gudrun Sailer, geboren 1970 in St. Pölten (Österreich), Studium der vergleichenden Literaturwissenschaft, Romanistik und Philosophie in Wien, Innsbruck, Klagenfurt und Sevilla. Tätig als Journalistin in Wien und Berlin, Schwerpunkte: Religion, Kultur und Soziales. Seit 2003 Redakteurin bei Radio Vatikan in Rom.

„AFRIKA, STEH AUF!“

DIE ZWEITE AFRIKA-SYNODE IM VATIKAN. VORSCHLÄGE FÜR DEN KONTINENT UND SEINE PARTNER

Gudrun Sailer

Vom 4. bis 25. Oktober haben im Vatikan rund 400 Bischöfe, Ordensleute und Laien über „Die Kirche in Afrika im Dienst von Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden“ diskutiert. 244 Synodenväter, meist Bischöfe, nahmen an dem Treffen teil, davon fast 200 aus Afrika selbst, weiters 78 Hörer und Experten beiderlei Geschlechts. Benedikt XVI. wohnte den meisten Plenarsitzungen in der Synodenaula als stiller Beobachter bei. Am Ende ihrer Beratungen übergaben ihm die Synodenväter eine 57 Punkte umfassende Liste von Empfehlungen, die so genannten „Propositiones“, die der Vatikan nicht veröffentlichte, aber seinen eigenen Medien – Radio Vatikan und der Zeitung *Osservatore Romano* – zur Auswertung überließ. Aufgabe des Papstes ist es nun, nach dem Studium der Unterlagen ein „Postsynodales Schreiben“ für die Weltkirche zu verfassen. Dieses wird in mehreren Monaten erscheinen und dürfte angesichts des Synodenthemas und der inhaltlichen Ausrichtung der Debatten deutliche politische Akzente enthalten.

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die „Propositiones“, auf Redebeiträge der Synodenteilnehmer, auf Interviews und Hintergrundgespräche sowie auf die Schlussbotschaft der Bischöfe. Sie beleuchten die Themen der Afrika-

Synode, insofern sie gesellschaftliche Realitäten oder politische Vorgänge Afrikas sowie diesbezügliche Vorschläge der Synode betreffen. Außer Betracht bleiben rein kirchliche oder seelsorgerliche Themen, wie sie in der Synodenaula sehr häufig zur Sprache kamen.

Grundsätzlich ist eine Synode als Versammlung von Bischöfen ein Beratungsorgan der Weltkirche. Der Synode selbst kommt also keine Entscheidungsgewalt zu – es sei denn, der Papst ermächtigt sie punktuell dazu, was nicht geschehen ist. In diesem Sinn sind die folgenden Ausführungen als Anregungen, nicht aber als Anweisungen der Synode an die Bischofskonferenzen zu verstehen.

Mehrere Dutzend Synodenväter widmeten ihre je fünfminütigen Ansprachen im Plenum der einen oder anderen Form dramatischen Fehlens von Demokratie in vielen afrikanischen Ländern. Sie beklagten den Missbrauch von Menschenrechten, Korruption und eine Kultur der Straffreiheit, die Staatsstreiche und Gewalt begünstigt. Abgesehen von erfreulichen Ausnahmen wie Südafrika, Ghana, Tansania oder Senegal sehen sie in Afrika antidemokratische Systeme auf dem Vormarsch, wie Diktaturen, Militärregierungen oder allein regierende Parteien. Einige Länder wenden sogar gezielt die Todesstrafe zur Ausschaltung politischer Gegner an. So fordern die afrikanischen Bischöfe in ihren „Propositiones“ die totale und universale Abschaffung der Todesstrafe. Darüber hinaus rufen sie ihre Regierungen dazu auf, Morde und Entführungen zu verhindern und das Eigentum zu schützen. Laut ihrer Analyse sind es die Unsicherheit des Lebens und des Eigentums sowie das Fehlen von Ordnung in vielen afrikanischen Ländern, die Auswanderung und der Brain Drain, die die Armut verschärfen. Leider hätten auch einige Katholiken in hohen politischen Ämtern die in sie gesetzten Hoffnungen auf Demokratie und solide Regierungsführung enttäuscht, stellen die Bischöfe lakonisch fest. „Die Synode lädt solche Personen dazu ein, Reue zu üben oder den öffentlichen Schauplatz zu verlassen, sodass sie nicht länger das Volk ruinieren und der katholischen Kirche einen schlechten Ruf eintragen“, heißt es in der Abschlussbotschaft.

Zur Bekämpfung der Armut fordert die Bischofssynode in allgemein gehaltenen Worten die Streichung der Schuldenlast und den Stopp einer Kreditpraxis mit Wucherzinsen. Allerdings müssten auch Afrikas Regierungen in Zukunft bei Dar-

lehen und Hilfen aus dem Ausland vorsichtiger agieren. Bernard Agré, der emeritierte Erzbischof von Abidjan (Elfenbeinküste), sprach dagegen sehr direkt von „finanziellen Mördern“. Bestimmte internationale Banken und Institute agierten unter dem Schutz ihrer Staaten oder anderer Organisationen und achteten bei der Kreditvergabe darauf, dass die Schulden niemals in kurzer Zeit ganz zurückgezahlt werden könnten. Die Schuldnerländer würden zu Lasten nachkommender Generationen ihre natürlichen Ressourcen mit Hypotheken belasten. Agré sprach von einer Schuldenlast in der Höhe von 40 bis 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Er schlug die Bildung einer internationalen Kommission aus Finanzexperten und instruierten Kirchenleuten vor, die einen möglichen Schuldenerlass von Fall zu Fall prüfen sollten. Nach der ersten Afrikasynode (1994) hatte Papst Johannes Paul II. eine entsprechende Anregung der Synodenväter aufgegriffen und im Jahr 2000 einen Appell an die Industrienationen zum allgemeinen Schuldenerlass für die ärmsten Völker gerichtet.

Eines der drängendsten Probleme für die Stabilität des Kontinents ist der Hunger. „Eine weit verbreitete Form von Gewalt, die jeden Tag auf dem ganzen Kontinent verübt wird“ (Erzbischof John Baptist Odama von Gulu, Uganda). Bemerkenswerterweise taucht Hunger in den „Propositiones“ nicht auf. Dabei hatte Papst Benedikt als Sondergast der Synode eigens den Präsidenten der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO eingeladen. Jacques Diouf bestätigte, dass Nahrungsmittelsicherheit in erster Linie eine politische Frage sei. Es gebe heute auf der Welt genug Ressourcen,

Die wichtigsten Investitionen für Afrikas Bevölkerung seien freilich die in traditionelle, kleinbäuerliche Landwirtschaft und in Infrastruktur. In genetisch modifizierten Organismen (GMO) sieht Diouf keinen Ausweg aus der Hungerkrise.

genug Geld und genug Technologien, um den Hunger auszurotten. Die wichtigsten Investitionen für Afrikas Bevölkerung seien freilich die in traditionelle, kleinbäuerliche Landwirtschaft und in Infrastruktur. In genetisch modifizierten Organismen (GMO) sieht Diouf keinen Ausweg aus der Hungerkrise: „In bestimmten afrikanischen Regionen gibt es keine

Straßen, keine Bewässerung, keine Lagerhäuser, was 40 bis 60 Prozent der Ernte vernichtet – und wir sprechen von genetisch modifizierten Organismen, die eine totale Fremdkontrolle des Anbaus mit sich bringen?“ Interessant ist seine Position umso mehr, als die Päpstliche Akademie der Wissenschaften im Mai 2009 eine Konferenz zum Thema Gen-Food als Waffe gegen den Hunger veranstaltet und dabei, wie Kritiker aus ökologisch sensiblen Kreisen beanstandeten, aus-

schließlich Befürworter der neuen Technologie eingeladen hatte. Zwei Synodenväter sprachen in der Aula über GMOs, einer davon aus Sambia, wo nur ein Bruchteil des fruchtbaren Ackerlands landwirtschaftlich genutzt wird und dennoch neuerdings Druck auf die Bauern ausgeübt werde, GMOs anzubauen. „Ist die grüne Gentechnik in sich unmoralisch oder tatsächlich ein Schlüssel zu Entwicklung und Wohlstand?“, fragte Bischof George Nkuo von Kumbo (Kamerun). Er plädierte dafür, dass Afrika weiter gehende Studien über die Auswirkungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit abwarten solle. „Diese Technologie sollte mit großer Vorsicht beobachtet werden, selbst wenn sie das wirtschaftliche Heil für Afrika verspricht.“

„Ist die grüne Gentechnik in sich unmoralisch oder tatsächlich ein Schlüssel zu Entwicklung und Wohlstand?“

Zahlreicher waren in der Synodenaula die Warnungen vor zunehmender Umweltzerstörung. In Komplizenschaft mit lokalen afrikanischen Verantwortlichen betreiben Geschäftsleute, Politiker und Großkonzerne Projekte, die die Flora und Fauna zerstören, die Umwelt vergiften und zu einer im Ausmaß noch nie da gewesenen Versteppung des Ackerlandes führen. Hier sollten die Ortskirchen ihre Regierungen dazu drängen, eine rechtlich bindende Politik für Umweltschutz zu betreiben und die Nutzung alternativer Energiequellen zu fördern.

Dem Vorkommen natürlicher Ressourcen nach gemessen, müsste Afrika der reichste aller Kontinente sein. Das Gegenteil ist der Fall, konstatierte die Synode. Afrikaner seien hier zweifach Opfer – einmal aufgrund der schlechten Verwaltung der Bodenschätze durch lokale Autoritäten und zweitens aufgrund von Ausbeutung durch „fremde Mächte“. In der Synodenaula wurden hier in erster Linie die USA, Frankreich und China genannt. „Es besteht heute ein enger Zusammenhang zwischen der Ausbeutung von Rohstoffen, Waffenhandel und einer absichtlich aufrecht erhaltenen Instabilität“, heißt es in den „Propositiones“ (etwa mit Blick auf die DR Kongo). Zwei Bischöfe aus Tschad, einem der zehn ärmsten Länder der Welt, berichteten bei der Plenarversammlung von wildem Rohstoffabbau zu Lasten ihres Landes und seiner Einwohner. Beim Erdöl sei eine regelrechte „geheime Plünderung“ im Gang. „Bis heute scheint niemand in der Regierung bis hin zu lokalen Stellen zu wissen, wie viele Barrel Öl jeden Tag aus dem Boden von Kome geholt werden“, so die beiden Synodenväter. Parallel dazu seien die Bewohner Komes „von der Armut ins Elend“ abgeglitten. Dementsprechend rät die Sy-

node in den „Propositiones“ dem Papst zu einem Appell an die Industrienationen und die afrikanischen Regierungen, um dem Raubbau von Rohstoffen und der Ausbeutung von Menschen Einhalt zu gebieten. Die internationale Gemeinschaft soll illegalem Abbau entgegenzutreten und für eine gerechtere Verteilung der Erträge aus dem Abbau von Bodenschätzen sorgen. Die afrikanischen Regierungen sollen – auch auf verstärkten Druck der Kirche hin – einen juristischen Rahmen entwerfen, der die Interessen der eigenen Bevölkerung berücksichtigt. Die Kirche will überdies versuchen, in einzelnen Nationen eigene Kontrollinstanzen zu gründen, die die Verwaltung der Bodenschätze überwachen und offen legen. Ein derartiges Modell besteht, wie zu hören war, mit gutem Erfolg in Mosambik.

In vielen Ländern Afrikas, so die Synode, nutzen ausländische und örtliche Investoren heute auch ohne Skrupel weite Flächen fruchtbaren Ackerlandes und Wasservorkommen. Das drängt die lokale Bevölkerung in die Abwanderung, weil ihre Gemeinschaften sich gegen diesen Angriff auf ihre Lebensgrundlage nicht wirksam wehren können. Die Synode ruft die afrikanischen Regierungen dazu auf, ihre Bevölkerung gegen den ungerechten Ausschluss vom eigenen Ackerland und vom Zugang zu Wasser zu schützen. Verhandlungen über Land und Wasser seien nur unter Teilnahme der lokalen Bevölkerung überhaupt zu führen. Die Herstellung von Nahrungsmitteln für den Export soll nicht die Nahrungsmittelsicherheit der lokalen Bevölkerung gefährden, und Wasser darf nicht wie ein „privates Wirtschaftsprodukt“ behandelt werden.

Viele Redner der Synode beanstandeten den offenbar zunehmenden Waffenhandel mit afrikanischen Abnehmern. In ihren Vorschlägen an den Papst schreiben die Bischöfe, sie begrüßen jede Waffen eindämmende Initiative der UNO, der Afrikanischen Union und der nationenübergreifenden regionalen Organisationen (etwa ECOWAS für Westafrika); außerdem wünschen sie einen Stopp des illegalen Waffenhandels, mehr Transparenz beim legalen Waffenhandel sowie ein Embargo für leichte Waffen, die sich zumeist im Privatbesitz befinden und besonders für das Problemfeld Kindersoldaten eine Rolle spielen. Dem Vatikan empfiehlt die Synode, sein Dokument über Waffenhandel zu aktualisieren, das der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden im Jahr 1994 veröffentlichte. Ausdrücklich ermutigen die afrikanischen Bischöfe die Regie-

rungen der einzelnen Nationen, das UNO-Abkommen zum Waffenhandel (ATT) zu unterstützen, mit dem sich der Abrüstungsausschuss der UNO-Generalversammlung am 5./6. November befassen wird. Die Synodenväter verurteilen kategorisch die Herstellung von Nuklearwaffen, biologischen Waffen, Anti-Personen-Waffen und jeder Form von Massenvernichtungswaffen; diese mögen „vom Antlitz der Erde verschwinden“. An die Bischofskonferenzen von Waffen produzierenden Staaten ergeht der Auftrag, öffentlich ihren Regierungen zu empfehlen, Gesetze zu erlassen, die die Herstellung und Verbreitung von Waffen reduzieren, da diese zum Nachteil der afrikanischen Völker sind.

Ausdrücklich ermutigen die afrikanischen Bischöfe die Regierungen der einzelnen Nationen, das UNO-Abkommen zum Waffenhandel (ATT) zu unterstützen, mit dem sich der Abrüstungsausschuss der UNO-Generalversammlung am 5./6. November befassen wird.

Auch zur „guten Regierungsführung“ äußern sich die Synodenväter ausführlich. Sie fordern die Regierenden dazu auf, die Prinzipien der Demokratie zu respektieren und das Gemeinwohl vor die Interessen der Familien, des Klans, der Ethnie und der eigenen Partei zu stellen. Den insgesamt 36 afrikanischen Bischofskonferenzen rät die Synode, „assistierende Organismen“ einzurichten, die Angehörigen des Parlaments, der Regierung und der internationalen Organisationen inhaltliche Hilfestellungen bieten. Auf diese Art könne sich die Kirche bei der Erarbeitung gerechter Gesetze einbringen. Die Synode ermahnt die Bischofskonferenzen, den „African Peer Review Mechanism“ zu unterstützen (ein freiwilliges Verfahren zur gegenseitigen Beurteilung von Regierungsführung afrikanischer Staaten im Rahmen der AU), und sie ruft auch die afrikanischen Staaten dazu auf, sich dem Verfahren anzuschließen.

Darüber hinaus plant die Kirche, sich in Zukunft mehr in nationalen, regionalen und kontinentalen Institutionen einzubringen, etwa bei der Afrikanischen Union. Der Vorsitzende der äthiopischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Addis Abeba, Berhaneyesus D. Souraphiel, schlug vor, dass der Heilige Stuhl diplomatische Beziehungen zur AU aufnehmen sollte: „Papst und Heiliger Stuhl werden in Afrika geschätzt. Würde der Heilige Stuhl einen Nuntius (Botschafter) zur Afrikanischen Union entsenden, dann wäre die Stimme der katholischen Kirche in Afrika noch besser hörbar.“ Auch die Länder mit muslimischer Mehrheit hätten damit kein Problem, glaubt der äthiopische Oberhirte, in dessen Bischofsstadt auch der Sitz der panafrikanischen Organisation ist: „Denn in vielen

Fällen schätzen die Moslems die katholische Position, beispielsweise was den Respekt für das Leben anlangt. Auch erziehen wir in unseren katholischen Schulen viele Moslems – da sie wissen, dass wir sie dabei nicht zwingen, zum Christentum überzutreten. Im Gegenteil, wir sagen ihnen, dass sie lernen und studieren sollen, um für ihr Volk einzutreten. Aber in der Afrikanischen Union sind mehr als die Hälfte der Mitglieder katholisch. Ihnen könnte, denke ich, ein Nuntius bei der Afrikanischen Union helfen, ihre Positionen gemäß der Lehre der Kirche zu stärken.“

Immer wieder thematisierten afrikanische Bischöfe die scheinbar zunehmende Betonung von Rassenunterschieden in ihren Gesellschaften – teils sogar in den Reihen der Kirche selbst. Kardinal Angelo Sodano, der Dekan des Kardinalskollegiums, nannte dies „eine antichristliche Vorstellung“. Die Liebe zur eigenen Nation sei zwar etwas Edles und habe sich in einem christlichen Ambiente herausgebildet. Auf Abwegen führe die Überbetonung der eigenen Nation bzw. Rasse aber zu mörderischen Verbrechen wie dem Genozid von Ruanda. Europa habe in Bezug auf das Rassendenken seine Lehren aus der Geschichte gezogen. Heute näherten sich die Nationen in Europa einander immer mehr an, „und das mit der Unterstützung der örtlichen Bischofskonferenzen und auch des Heiligen Stuhles“, so Sodano, der 16 Jahre lang im Vatikan als Kardinalstaatssekretär wirkte.

Die Kirche sieht ihre Aufgabe in Afrika im Wesentlichen darin, gewissensbildend zu wirken. Das katholische Instrument schlechthin für Gewissensbildung im Sinn von Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden ist das *Kompendium der Soziallehre der Kirche*.

Die Kirche sieht ihre Aufgabe in Afrika im Wesentlichen darin, gewissensbildend zu wirken. Das katholische Instrument schlechthin für Gewissensbildung im Sinn von Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden ist das *Kompendium der Soziallehre der Kirche*. Dieser kurz gefasste Sozialkatechismus, den der Vatikan im Jahr

2004 herausbrachte, muss nach dem Willen der Afrika-Synode verpflichtend angewandt werden bei der Ausbildung von Priestern, Ordensmännern und -Frauen sowie Laien im Dienst der Kirche. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, meinen die afrikanischen Bischöfe, die Soziallehre flächendeckend zu verbreiten. Ein positives Beispiel brachte Erzbischof Norbert Mtega von Songea (Tansania) ein. In Tansania bemühte sich die Kirche nach dem Erscheinen des Kompendiums, die katholische Soziallehre zu verbreiten. Mtega: „Anfangs war es ein regelrechter Schock für manche. Die Leute wussten fast gar nichts über christliche Werte, und Politiker, die zum ersten

Mal davon hörten, fühlten sich in ihren Vorstellungen und Interessen attackiert. Man fragte: Wie kommt die Kirche überhaupt dazu, von Demokratie und Menschenrechten zu reden? Welches Recht haben die Bischöfe, sich zu Frieden und Versöhnung zu äußern? Doch inzwischen sehen wir auch in Regierungskreisen, dass es Politiker gibt, die einwandfrei verstanden haben: Die Soziallehre der Kirche gibt Licht für die Zukunft des Landes und für die Politik selbst.“

Allerdings: Obwohl die Soziallehre aus Sicht der Kirche als intellektueller Schlüssel für die Behebung sozialer Ungerechtigkeiten gilt, ist sie in Afrika weithin unbekannt, gestanden sich die Synodenväter ein. Es fehlen auch Übersetzungen des Kompendiums in afrikanische Sprachen. Die konkreten Vorschläge zur Verbreitung der Soziallehre gehen hier an die einzelnen afrikanischen Bischofskonferenzen. Diese sollen zusammen mit ausgewiesenen Fachleuten Kursprogramme erarbeiten, anhand derer die Soziallehre von der Volksschule bis zur Universität unterrichtet werden kann. Auch breit angelegte Programme zur Staatsbürgerkunde sind zu entwickeln und anzubieten, damit ein soziales Gewissen auf allen Ebenen entsteht. Daneben sollen die Bischöfe kompetente und ehrliche Männer und Frauen dazu ermutigen, sich in Parteien zu engagieren. Außerdem befürwortet die Synode die Einrichtung von Fakultäten für Politikwissenschaft an den Katholischen Universitäten Afrikas, deren Zahl übrigens seit der letzten Afrikasynode 1994 stark gewachsen ist und derzeit bei 23 liegt. Die „Propositiones“ sprechen sich nicht darüber aus, wer die finanzielle Bürde dieser Initiativen zur Verbreitung der Soziallehre und zur Entwicklung des staatsbürgerlichen Gewissens tragen soll; in der Synodenaula war mehrmals der Ruf nach weltkirchlicher Solidarität zu hören.

Die Gewissensbildung dient eher der Vorbeugung von Konflikten, und so möchte die afrikanische Kirche auch für den Ernstfall des bereits lodernden Konfliktes „Feuerwehren“ bereitstellen. Ein bewährtes Instrument ist hier die kirchliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden. Zahlreiche dieser Einrichtungen sind seit der Afrikasynode von 1994 und auf Anregung derselben entstanden. Laurent Monsengwo Pasinya, Erzbischof von Kinshasa (Demokratische Republik Kongo), über die Lage in seinem Land: „Diese Kommissionen existieren auf allen Ebenen, auf nationaler, diözesaner und parochialer Ebene. Der Staat bedient sich dieser Kommissionen für die zivile und demokratische Ausbildung des Volkes.“

Die dort geleistete Arbeit in den letzten 15 Jahren war hervorragend. Die Leute wurden über bürgerliche Rechte und Demokratie aufgeklärt und darauf vorbereitet, zur Wahl zu gehen. Und was am besten ist, man hat bestimmte Dokumente der Bischofskonferenz herangezogen, um ähnliche Einrichtungen mit anderen Religionen und Konfessionen zur Ausbildung ihrer Gläubigen zu gründen. Das führte dazu, dass bei den Wahlen und den demokratischen Vorgängen im Kongo das Volk bestens instruiert war.“

Für die tragende Rolle ausgebildeter Kirchenleute in der Friedensarbeit gibt es zahlreiche Beispiele. Bischof Joachim Ntahondereye von Muyinga (Burundi) überbrachte bei der Synode die Einladung seiner Bischofskonferenz zu einem baldigen Friedenstreffen für die Region der Großen Seen. In Ghana wirkte vor wenigen Jahren Erzbischof Charles Palmer Buckle von Accra in der nationalen Versöhnungskommission. In Togo wurde vor wenigen Monaten Bischof Nicodème Anani Barri-gah-Bénissan zum Vorsitzenden der staatlichen Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung ernannt; er ist gleichzeitig Vorsitzender der bischöflichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden. In der Synode wurde deshalb auch der Vorschlag laut, afrikanische Bischöfe, die solche Erfahrungen gesammelt haben, zu einem Ältestenrat zusammenzuschließen, der bei akuten Krisen in anderen Ländern als Vermittler oder Berater auftreten können. Für dieses afrikanische Programm für Frieden und Solidarität – die „African Peace and Solidarity Initiative“ – sollen zwei hochrangige Einrichtungen der katholischen Kirche zuständig sein: die SECAM (der Zusammenschluss der Bischofskonferenzen von Afrika und Madagaskar) und der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden (dessen neuer Präsident der ghanaische Kardinal Peter Turkson wird).

Afrikas Bischöfe sehen in der politischen Aufladung von Religion derzeit eine große Gefahr für den Kontinent. Das Phänomen ist aktuell etwa in Somalia, Nigeria, Tschad und im Sudan zu beobachten.

Afrikas Bischöfe sehen in der politischen Aufladung von Religion derzeit eine große Gefahr für den Kontinent. Das Phänomen ist aktuell etwa in Somalia, Nigeria, Tschad und im Sudan zu beobachten. Politisierte Religion schafft Konflikte. Daher rät die Synode dazu, den Dialog

mit dem Islam und den traditionellen afrikanischen Religionen zu intensivieren. Speziell mit Blick auf den Islam meinen die afrikanischen Bischöfe, dass jeder Form von Intoleranz und Fundamentalismus entgegenzutreten sei. Dazu wollen sie in ihren eigenen kirchlichen Kreisen mehr Wissen über

den Islam vermitteln, etwa an Priesteramtskandidaten, aber auch an Laien. In Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit soll und muss die Kirche auf das Recht freier Religionsausübung beharren. Dass einige Staaten besonders in Nordafrika (mit Ausnahme Tunesiens) ihren Bürgern per Verfassung einen Religionswechsel verbieten, kann die katholische Kirche nicht akzeptieren, weil es aus ihrer Sicht den Menschenrechten widerspricht. Mehrmals warnten Bischöfe vor einem wachsenden Einfluss von Staaten mit starker muslimischer Identität wie Saudi-Arabien, Iran und Ägypten. Diese würden gezielt Prediger und finanzielle Mittel in bestimmte afrikanische Staaten schicken. Aus Tansania, in dem etwa gleich viele Christen und Moslems leben, berichtete bei der Synode Erzbischof Norbert Mtega von Songea von bisher friedlicher Koexistenz, aber wachsenden Konflikten: „Die meisten Moslems haben nichts gegen uns Christen. Die Gefahr kommt aus zwei Ecken. Erstens von jenen Moslems, die explizit religiöse Themen in die Politik tragen. Das ist gefährlich, weil sie die anderen als Feinde ansehen. Die zweite Gefahr geht von dem Geld aus, das aus dem Ausland an muslimische Gemeinden fließt, um explizit die Christen zu bekämpfen. Wir sind von Terrorismusgefahr wie in Europa noch entfernt, aber man muss es doch klar sehen: Organisationen wie al-Qaida benutzen Geld, um die Armen Afrikas zu kaufen und sie zu Instrumenten des Konflikts und Protagonisten des Terrorismus zu machen. Das ist auch bei uns eine wachsende Gefahr. Wir hoffen, dass die internationale Gemeinschaft dies verhindert.“

Unter den 78 Experten und Hörern des Afrika-Bischofstreffen waren diesmal 30 Frauen. Nicht nur viele von ihnen, sondern auch rund zehn Bischöfe widmeten ihre Redebeiträge überwiegend dem Thema Frauen in Afrika. Während die Kirche auf dem Kontinent die Frau bisher vor allem als Braut und Mutter sah, scheint sich in dieser Bischofsversammlung eine Horizontenerweiterung zu manifestieren und die Frau auch als gesellschaftsverändernde Größe wahrgenommen zu werden. So bedauert die Synode das nicht genutzte Potenzial der weiblichen Bevölkerungsmehrheit: Immer noch liegt das allgemeine Bildungs- und Entwicklungsniveau von Frauen und Mädchen weit unter dem männlicher Altersgenossen. Die Bischöfe verurteilen jeden Akt der Gewalt gegen Frauen: Misshandlungen in der Familie, Vergewaltigung als Kriegswaffe, Verweigerung

Während die Kirche auf dem Kontinent die Frau bisher vor allem als Braut und Mutter sah, scheint sich in dieser Bischofsversammlung eine Horizontenerweiterung zu manifestieren und die Frau auch als gesellschaftsverändernde Größe wahrgenommen zu werden.

der Erbfolge für Mädchen, Unterdrückung der Witwen im Namen der Tradition, Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Frauenhandel, sexuelle Versklavung. Die Synode fordert die Bischofskonferenzen dazu auf, eng zusammenzuarbeiten, um Frauenhandel zu bekämpfen, und setzt sich für eine umfassende Bildung von Frauen ein – intellektuell, beruflich, theologisch.

Das Problem HIV/AIDS nahm bei den Debatten der Synode bei Weitem nicht den Stellenwert ein, den westliche Medien ihm zuschreiben.

Ausdrücklich lehnen die Synodenväter den Paragraphen 14/2 des Maputo-Protokolls der Afrikanischen Union ab. Dieser Paragraph will Frauen im Fall von Vergewaltigung, Inzest und bei Gefahr für Leben und Gesundheit eine „therapeutische Abtreibung“ zugestehen. Das widerspricht den Menschenrechten, so die afrikanischen Bischöfe. Das Problem HIV/AIDS nahm bei den Debatten der Synode bei Weitem nicht den Stellenwert ein, den westliche Medien ihm zuschreiben. Zum Gebrauch von Kondomen äußern sich die Bischöfe in ihren „Propositiones“ nicht, verurteilen aber entschieden jeden Versuch, das Virus vorsätzlich zu verbreiten: „sei es als Kriegswaffe oder mit dem persönlichen Lebensstil“. Aids rufe nach Gerechtigkeit: Infizierte in Afrika müssten die gleiche Qualität an Medikamenten erhalten wie Kranke in anderen Ländern, namentlich in Europa. Die Kirche fordert den Ausbau der Aidsforschung; Infizierten und ihren Angehörigen bietet sie ihrerseits Zugang zu Medikamenten und Lebensmitteln und verspricht den Einsatz gegen Diskriminierung. Um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, empfehlen die Bischöfe in gewohnter Weise eheliche Treue, sexuelle Enthaltsamkeit und einen Lebensstil entsprechend christlicher Grundsätze. Die Seelsorger bitten sie, infizierte Paare zu unterstützen, zu informieren und „ihre Gewissen zu bilden, damit sie richtige Entscheidungen treffen, in voller Verantwortung für ihr gegenseitiges Wohl, für ihre Beziehung und ihre Familie“. Diese Formulierung lässt offen, ob im Fall von verheirateten Paaren, bei denen ein Partner infiziert ist, aus Sicht der Bischöfe das Kondom als „kleineres Übel“ zulässig ist oder nicht. Die Vatikanische Glaubenskongregation prüft seit vielen Monaten ein entsprechendes Dokument des päpstlichen Gesundheitsrates, über dessen Inhalt nichts bekannt ist.

In Afrika gibt es aktuell mindestens 15 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene auf der Suche nach einer neuen Heimat. Erzbischof Antonio Maria Vegliò, Präsident des Päpstlichen Rates

für die Seelsorge an Migranten, sprach in seinem Synodenbeitrag sogar von bis zu 40 Millionen. Dabei sei die innerafrikanische Migration quantitativ die weitaus stärkere. Indes richteten die Synodenväter den Blick überwiegend auf die Wanderungsbewegung in Richtung Europa. Viele Europäer betrachteten die Einwanderer als Last, Gefahr oder Bedrohung. Die Synodenväter stellen fest, dass „die restriktiven Einwanderungsgesetze der Welt gegen die Afrikaner“ – so wörtlich in den „Propositiones“ – immer mehr dazu neigen, den Menschenrechten zu widersprechen. Europa nehme eine „Selektion“ von Einwanderern aufgrund ihrer Bildung vor, nicht aufgrund ihrer Schutzwürdigkeit, kritisierte stellvertretend für viele Erzbischof Charles Palmer Buckle von Accra (Ghana). Was bei der europäischen Asyldebatte aus Sicht der Afrikaner völlig vergessen werde, sei die Tatsache, dass Migration als Menschenrecht zu verstehen ist. Palmer Buckle: „Menschen haben das Recht, hinzuwandern, wo sie wollen. Wenn Europa versucht, andere Leute aus Europa auszuschließen – und manche Regelungen sind jetzt vorgekommen, die gegen das Menschenrecht verstoßen –, dann fragen wir: Was hat das zu bedeuten für Europa, dass man uns in Afrika die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gebracht und immer darauf gedrängt hat, [...] hier die Menschenwürde und die Menschenrechte zu wahren?“

Die Synodenväter stellen fest, dass „die restriktiven Einwanderungsgesetze der Welt gegen die Afrikaner“ – so wörtlich in den „Propositiones“ – immer mehr dazu neigen, den Menschenrechten zu widersprechen.

Auch der für Libyen zuständige, aber aus Italien stammende Bischof Giovanni Martinelli warf Europa Gleichgültigkeit gegenüber den Flüchtlingsdramen in Afrika vor. Illegale Einwanderung sei nicht gutzuheißen; ihr liege aber eine tiefere Ungerechtigkeit zugrunde. Die Menschen, die auf der Flucht vor Konflikten oder Hunger nach Libyen kämen, könnten oft nicht in ihre Heimat zurück. Europa müsse mit einer langfristigen Förderpolitik für menschenwürdige Verhältnisse in den Ursprungsländern wie Eritrea, Äthiopien oder Kongo sorgen. Die Auffanglager in Libyen könnten selbst mit Hilfe der Kirche und internationaler Organisationen nur ein Minimum an Versorgung gewährleisten, so der Bischof. Es fehle Platz für Tausende. Vor allem treffe die Situation Frauen; viele von ihnen würden Opfer von Zwangsprostitution, berichtete Martinelli.

Bei der Synode war deutliche Wut der Afrikaner auf Europa und kaum Verständnis für aktuelle Versuche wahrnehmbar, das Asylrecht zu harmonisieren bzw. generell zu regeln. Die

(wenigen) Synodenväter aus Europa verhinderten allerdings, dass die „Propositiones“ für den Papst beim Abschnitt über die nicht menschenrechtskonforme Behandlung von Migranten explizit die EU benannten.